Weg mit § 219a!

von Renate Künast
Bundestagsabgeordnete
B'90/GRÜNE

„Mein Bauch gehört mir", lautet seit Jahrzehnten eine zentrale Forderung feministischer Bewegungen. Es ist höchste Zeit, dass sie Wirklichkeit wird. Because it is 2018! Der § 219a wurde 1933 von den Nationalsozialisten eingeführt. Ziel war es, dass Frauen mehr Kinder bekommen. Dafür gab es das Mutterkreuz als Orden. Der Paragraf blieb als Relikt bestehen und stellt bis heute Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe. Gleichzeitig unterbindet er auch die öffentliche Bereitstellung von Informationen zum Schwangerschaftsabbruch und zu Beratungsstellen.
Umfassend informiert zu sein, ist jedoch ein unbedingtes Recht betroffener Frauen. Der Gesetzgeber darf sie in dieser schwierigen Situation nicht allein lassen. Daher müssen Ärzt*innen sachlich über Schwangerschaftsabbrüche informieren können, ohne die Staatsanwaltschaft fürchten zu müssen. Keine Frau entscheidet sich leichtfertig für den Abbruch einer Schwangerschaft. Ausführliche Information und Vertrauen zu ihrer*m Gynäkologin*en sind elementar für eine so einschneidende Entscheidung.
Vor diesem Hintergrund darf es im digitalen Zeitalter nicht strafbar sein, Links zu Organisationen wie pro familia oder kirchlichen Einrichtungen zu veröffentlichen. Der § 219a ist schlicht nicht mehr zeitgemäß und muss endlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

© Felix Rösch

GRÜNE AG Frauen*/Gender/Queer

Unter dem Motto „keep it queer" trifft sich die AG Frauen*/Gender/Queer des Kreisverbandes Tempelhof Schöneberg alle zwei Monate, um sich über aktuelle Themen aus queerfeministischer Perspektive auszutauschen. Regelmäßig organisieren wir öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen, in denen wir Sexismus, starre Rollenbilder, Vorurteile und Diskriminierung von Frauen* und LGBTIQ* zur Sprache bringen.
Unterstütze uns dabei mit deinen Ideen, mach dich stark für eine offene Gesellschaft und komm zu unserem nächsten Treffen!

Infos: **facebook.com/frauengenderqueer** oder
direkt per Mail von unserer Sprecherin Santina Wey: **santina.wey@gruene-ts.de**

Social Media:

facebook.com/GrueneTempelhofSchoeneberg
twitter.com/GrueneTS
gruene-ts.de

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Der Stichel
Nr. 232 | CSD 2018
KOMPAKT für Tempelhof-Schöneberg

Die dritte Option

Das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung gilt für alle!

von Sebastian Walter
queerpolitischer Sprecher
im Abgeordnetenhaus
B'90/GRÜNE

© Felix Rösch

Geschlechtlicher Selbstbestimmung Flügel verleihen

Der Kampf dauerte lange und provozierte Widerstände: Seit 2014 klagte Vanja vor diversen Gerichten bis hin zum Bundesgerichtshof auf sein*ihr Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung. Vergeblich. Erst das Bundesverfassungsgericht gab dem*der Aktivist*in im Oktober 2017 vollumfänglich Recht: Intergeschlechtliche Menschen werden in ihren Grundrechten verletzt, wenn das Personenstandsrecht sie dazu zwingt, ihr Geschlecht zu registrieren, ohne dabei einen anderen, positiven Eintrag als „weiblich" oder „männlich" zuzulassen.
Dieses Urteil kommt einer kleinen Revolution gleich. Das höchste deutsche Gericht bestätigt rechtswirksam, dass die Annahme einer binären Geschlechterordnung überholt ist. Varianten der Geschlechtsentwicklung sind Realität und keine Krankheit. Bis Ende des Jahres hat der Bundestag nun Zeit, eine verfassungskonforme Neuregelung zu finden. Dabei kann auf den Geschlechtseintrag verzichtet oder eine weitere positive Geschlechtskategorie eingeführt werden: die dritte Option.
Ein aktueller Gesetzentwurf des Innenministeriums ignoriert die Forderungen von Aktivist*innen wie Vanja und der Kampagne „Dritte Option" bewusst. So soll der neue Geschlechtseintrag nicht „inter/divers", sondern „Weiteres" heißen. Das aber ist eine unwürdige Bezeichnung. Außerdem ist ein erneuter Zwang zur medizinischen Begutachtung vorgesehen.

Wir GRÜNE kämpfen auf Bundes- wie Landesebene dafür, dass die Pathologisierung von Trans*, Inter* und nicht-binären Menschen endlich beendet wird. Für uns ist allein die individuelle Selbstauskunft relevant, wenn es um die Wahl des Vornamens oder den Personenstand geht. Dafür wollen wir ein Selbstbestimmungsgesetz einführen. Die Rechte von Inter* sind aber auch darüber hinaus zu schützen. Deshalb wollen wir kosmetische Genitaloperationen an intergeschlechtlichen Kindern und Säuglingen verbieten. Mit diesen Menschenrechtsverletzungen muss endlich Schluss sein!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Darkrooms –
Keine falsche Toleranz bei Brandschutzdefiziten!

von Jörn Oltmann
stellvertretender Bezirksbürgermeister
und Stadtrat für Stadtentwicklung
und Bauen
B`90/GRÜNE

Im Februar 2017 starben bei einem Brand im Sauna-Club „Steam Works“ drei Menschen. „Steam Works“ wurde ohne Genehmigung und Kenntnis der Bauaufsicht umgebaut. Diese furchtbare Tragödie wäre vermeidbar gewesen, wenn nicht erhebliche bauliche Mängel bestanden hätten. Etwa zur gleichen Zeit gingen anonyme Anzeigen gegen Betreiber*innen von Darkrooms ein, vermutlich aus der Szene selbst. Diesen ist die Bauaufsicht nachgegangen.
Clubs, gegen die Anzeigen vorlagen, wurden seinerzeit besichtigt, ihre Betreiber*innen auf bauliche Mängel hingewiesen und Schließungen angeordnet. Bei den Polizeieinsätzen kurz vor Ostern 2017 wurde jedoch festgestellt, dass ein Darkroom genutzt wurde, obwohl eine Schließung angeordnet war.
Bei solchen Einsätzen werden entsprechend den zu untersuchenden Anforderungen auch Mitarbeiter*innen anderer Behörden einbezogen. Daher kommt eine gewisse Anzahl von Personen zusammen, die von den Betreiber*innen kritisiert wurde. Von einem übermäßig hohen Personaleinsatz kann jedoch nicht die Rede sein, solange sich dieser an der Sicherheit der Club-Nutzer*innen orientiert. Dies ist bei allen derartigen Einsätzen so.
Trotz der Kontrollen ist der Brandschutz in den geschlossenen Darkrooms bis heute nicht gewährleistet. Es wurden nicht einmal Anträge auf Nutzungsänderungen gestellt. Daher müssen die Betreiber*innen immer damit rechnen, dass sie kontrolliert werden.
Als stellvertretender Bezirksbürgermeister liegt mir sehr daran, dass die Kultur der Kiezbetriebe und die wunderbar vielfältige Szene in Schöneberg erhalten bleiben. Doch beim Brandschutz darf es keine falsche Toleranz geben. Hier sind die Betreiber*innen in der Pflicht. Diese kann ihnen keine*r abnehmen.

Für mehr lesbische* Sichtbarkeit

von Dr. Dirk Behrendt
Senator für Justiz,
Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung
B`90/GRÜNE

Den Artikel in voller Länge finden Sie hier.

Berlin ist als Regenbogenhauptstadt Vorreiter*in in Sachen Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Mit dem Berliner Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie aus dem Jahr 2010 und der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ konnten wir Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) entschieden verbessern. In der aktuellen Legislaturperiode wollen wir die lesbische* Sichtbarkeit erhöhen. Denn allzu oft werden Lesben*‚mitgemeint‘, wenn von „Frauen“ von „LSBTI“ oder auch von „queer“ die Rede ist.‚Mitgemeint‘ heißt aber nicht, dass man sie dabei auch vor Augen hat. Der erste Schritt hierzu ist der neu geschaffene „Berliner Preis für lesbische* Sichtbarkeit“, der von 2018 an alle zwei Jahre vergeben werden wird.

Frauen*, Inter- & Transmenschen, vereinigt euch!

© Annkatrin Es

von GRÜNE JUGEND
Tempelhof-Schöneberg
B`90/GRÜNE

Geschlecht ist eine sozial konstruierte Kategorie. Was als „typisch weiblich/männlich“ gilt, ist meist ein Stereotyp. Fakt ist, wir werden sozialisiert. Denn es ist nicht naturgegeben, dass Frauen* mehr lächeln und Männer* in politischen Debatten ein stärkeres Redebedürfnis haben. Wir leben in einer Gesellschaft, die Eigenschaften, Tätigkeiten und Gegenstände in weiblich oder männlich einteilt. Weiblichkeit werten dabei viele Menschen intuitiv ab. Das ist nicht gerecht! Darum kämpfen wir GRÜNE seit Jahrzehnten für mehr Geschlechtergerechtigkeit.

Frau* *ist eine Person, die sich als weiblich identifiziert, d. h. sich, unabhängig von den Genitalien, von sich aus als Frau bezeichnet; das Sternchen am Ende des Wortes macht darauf aufmerksam.*
Transmensch *ist eine Person, die sich mit dem ihr nach der Geburt zugewiesenen Geschlecht nicht identifiziert.*
Intermensch *ist eine Person, die auf Grund von Genitalien, Hormonen oder Chromosomen nicht eindeutig in das binäre System einordbar ist.*

Die Abwertung von Weiblichkeit betrifft jedoch nicht nur Frauen*, sondern alle, die keinem männlichen* Ideal entsprechen, beispielsweise Inter- und Transpersonen. Auch die Kategorie Frau* ist bereits diverser, als sie oft dargestellt wird. Menstruation ist zum Beispiel kein reines Frauen*thema. Denn es gibt Frauen*, die nicht mehr menstruieren oder es ihr Leben lang nicht getan haben. Wer in diesem Beispiel stattdessen von „Menschen, die menstruieren“ redet, schließt Transmänner*, die noch menstruieren, ein und spricht Frauen*, die nicht menstruieren, ihre Weiblichkeit nicht ab.
Frauen*, Inter- und Transmenschen führen alle den Kampf gegen die Geschlechterdiskriminierung. Wir sollten untereinander solidarisch sein. Lasst uns gemeinsam gegen das Patriarchat und für eine Welt, in der Menschen nicht mehr auf Grund ihrer Geschlechtsidentität unterdrückt werden, kämpfen!

Sebastian Walter

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Sprecher für Antidiskriminierungs- und Queerpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Regenbogen-Büro
Eisenacher Straße 6 | 10777 Berlin
Tel.: 030 40750579
Mail: sebastian.walter@gruene-fraktion-berlin.de
Web: www.sebastian-walter.berlin

Öffnungszeiten:
Montag: 14.00 – 17.00 Uhr
Mittwoch: 9.00 Uhr – 11.30 Uhr
Donnerstag: 14.00 Uhr – 16.00 Uhr

© Sebastian Walter

Impressum:
Nr. 232 | CSD 2018

Herausgeber
Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Tempelhof-Schöneberg

Kontakt
E-Mail: kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

V.i.S.d.P.
Wera Pustlauk

Gestaltung
www.oliverdix.de

Auflage
2.000

Druckerei
laser-line.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autor*innen selbst verantwortet und geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen. Bildmaterial unterliegt dem Urheberrecht.